Warum gerade jetzt das Arbeitslosengeld erhöht werden muss

Am 16. März hat die Regierung die meisten Geschäfte und Lokale geschlossen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Von da an bis Ende März haben 200.000 ArbeitnehmerInnen ihren Job verloren. 562.000 Menschen waren Ende März arbeitslos. Sie leben im Durchschnitt von netto 900 Euro Arbeitslosengeld pro Monat.

Die Aussichten, bald wieder eine Beschäftigung zu finden, sind nicht gut. AMS-Vorstand Johannes Kopf rechnet mit einer weiteren Kündigungswelle im April. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Die SPÖ will, dass der Staat das Arbeitslosengeld um 30 Prozent aufstockt. So würden alle, die jetzt keine Arbeit finden, zumindest 70 Prozent ihres letzten Netto-Einkommens gesichert bekommen.

Der Vorschlag der SPÖ

- → Alle Arbeitslosen sollen für die Dauer der Krise, mindestens jedoch bis 31.12.2020 einen „COVID-19-Ausgleich" bekommen.
- → Das ist ein 30-prozentiger Zuschlag zu allen Arbeitslosenversicherungsleistungen (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe inklusive der Familienzuschläge).
- → Der Zuschlag soll rückwirkend mit 1. April 2020 für alle zu diesem Datum arbeitslosen Menschen gezahlt werden.
- → Die Auszahlung sollen die Finanzämter, die ohnehin die Daten aller Betroffenen haben, automatisch, also ohne formale Antragstellung, machen.
- → Erhöhung um 30 Prozent heißt für das durchschnittliche Arbeitslosengeld von 900 Euro netto auf rund 1.200 Euro netto.
- → Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 180 Mio. Euro pro Monat; es profitieren alle der fast 600.000 Arbeitslosen.

Außerdem hat die SPÖ verlangt, dass allen beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos registrierten Personen der Bezug der aktuellen Leistung um die Dauer der Krise, mindestens jedoch bis 31.12.2020 verlängert wird. Das heißt, niemand kann von der Arbeitslosigkeit in die Notstandshilfe rutschen. Dieser Forderung hat die Regierung nachgegeben. Es gibt einen gemeinsamen Beschluss mit den Regierungsparteien im Parlament, dass dies gemacht werden soll, wir achten darauf, dass die tatsächliche gesetzliche Umsetzung so schnell wie möglich geschieht.

Netto 900 Euro Arbeitslosengeld im Durchschnitt

Das Arbeitslosengeld ist in Österreich im europäischen Vergleich relativ niedrig. Die Nettoersatzrate beträgt 55 Prozent. Das heißt, vom letzten Nettoeinkommen bekommt man für die Dauer der Arbeitslosigkeit ein bisschen mehr als die Hälfte.

Durchschnittlich sind das pro Monat wenig mehr als 900 Euro. Die genauen Zahlen (letztverfügbar in AMS-Online-Datenbank Werte für November 2019) sehen so aus: Der Tagsatz beim Arbeitslosengeld liegt im Durchschnitt bei 32,6 Euro, also auf 30 Tage gerechnet bei 978 Euro. Bei der Notstandshilfe sind es 27,1 Euro Tagsatz und im Monat 813 Euro. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe zusammen betrachtet ergibt einen durchschnittlichen Tagsatz von knapp unter 30 Euro, also 900 Euro im Monat.

Gerade jetzt mehr finanzielle Hilfe

Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird zunehmen. In Vor-Corona-Zeiten haben die meisten Arbeitsuchenden im Durschnitt nach drei bis vier Monaten eine neue Beschäftigung gefunden. Das wird für das laufende Jahr nicht zu halten sein, sehr viele Arbeitssuchende und ihre Familien müssen sehr viel länger als bisher mit wenig Geld auskommen. Das bedeutet existenzielle finanzielle Not für hunderttausende Menschen.

30 Prozent mehr, wie die SPÖ das vorschlägt, sind eine entscheidende Hilfe für alle Arbeitssuchenden. Das Geld fließt sofort und wohl annähernd zu 100 Prozent zurück in Konsum im Inland. Die zusätzliche Nachfrage werden die heimischen Unternehmen, der Friseur und der Wirt ums Eck, wie einen Bissen Brot brauchen.

Wen trifft die Krise am Arbeitsmarkt am härtesten?

Wenn man sich ansieht, ArbeitnehmerInnen welcher Branchen am meisten betroffen sind, wird die Forderung nach einem höheren Arbeitslosengeld noch einmal dringlicher. Denn es sind genau die Wirtschaftszweige, wo die Einkommen ohnehin gering sind, und 55 Prozent Arbeitslosengeld von einem kleinen Einkommen abgeleitet, bringt Arbeitssuchende in existenzielle Notlage.

Hier die Zahlen, wie viele ArbeitnehmerInnen von der Kündigungswelle im März als erstes mitgerissen worden sind:

Die Werte zeigen den Anstieg der Arbeitslosenzahl im Vergleich März 2020 zu März 2019.

Beherbergung und Gastronomie	61.106
Bau	28.392
Handel	18.687
Verkehr und Lagerei	13.821
Arbeitskräfteüberlassung	12.968

Nach formalen Bildungsabschlüssen betrachtet, ein ähnliches Bild: Die mit den geringeren Einkommen sind die, die als erste ihre Arbeit verloren haben.

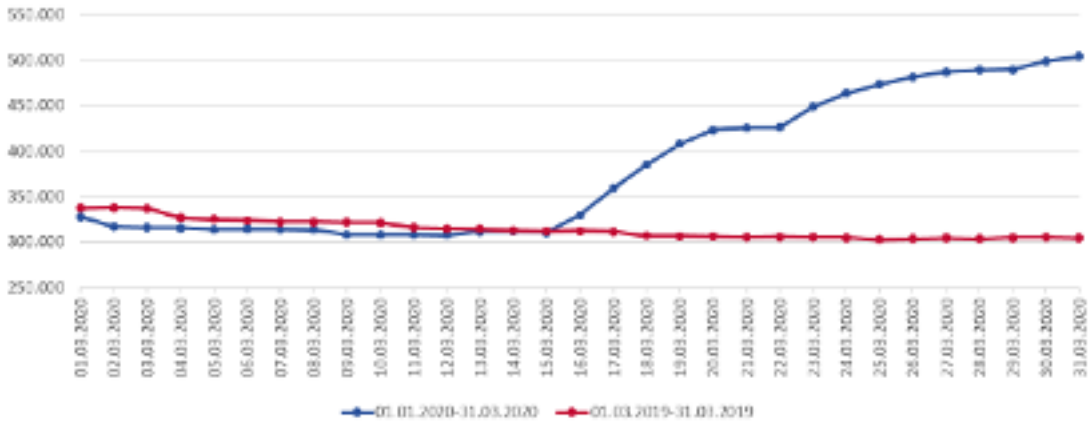
ArbeitnehmerInnen mit maximal Pflichtschulausbildung	84.089
ArbeitnehmerInnen mit Lehrausbildung	73.229

Quelle: AMS

Von 370.00 auf 562.000 Arbeitslose – Regierung findet, sie hat alles richtig gemacht

Die Zahlen sind erschreckend. Vor einem Jahr, Ende März 2019, waren 370.000 Menschen in Österreich beim AMS arbeitslos gemeldet. Ende Marz 2020 waren es 562.522 (davon 58.000 in Schulungen). Binnen weniger Wochen seit dem Tag, da halb Österreich zugesperrt wurde, haben fast 200.000 ArbeitnehmerInnen ihre Arbeit verloren. Unvorstellbar, wie diese Zahl ohne das – von der Sozialdemokratie in der letzten Krise ab 2008 entwickelten - Modell der Kurzarbeit aussehen würde!

Entwicklung der vorgemerkten Arbeitslosen vom 1. - 31. März 2020



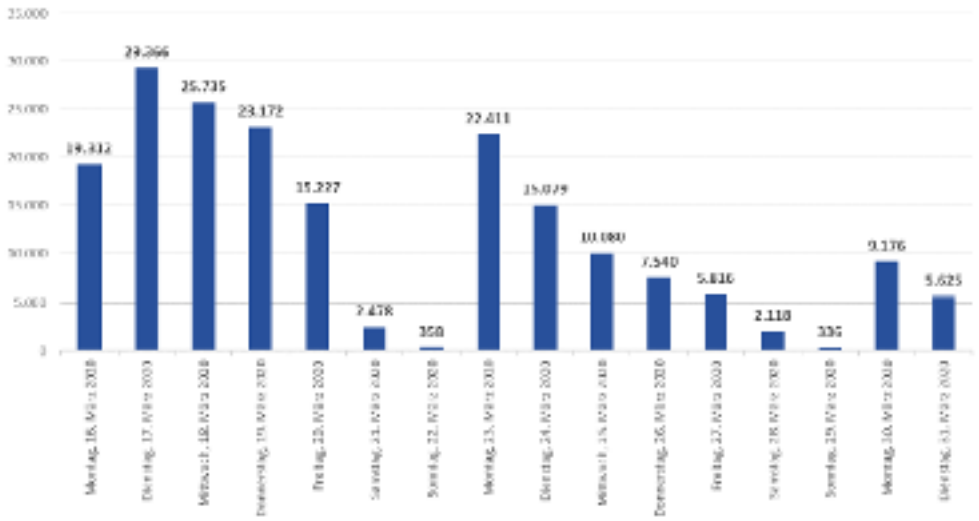
Quelle: AMS Österreich Sonderauswertung

[https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_spezialthema_0320.pdf]

Dass zigtausende Jobs gerettet hätten werden können, wenn die Regierung auf die SPÖ und die anderen Oppositionsparteien gehört hätte, ficht Schwarz und Grüne nicht an. Sie finden, sie haben alles richtig gemacht. Haben sie aber nicht:

Täglicher Anstieg von vorgemerkten Arbeitslosen im Vergleich zum Vortag: 16. – 31. März 2020

Abbildung 2: Täglicher Anstieg von vorgemerkten Arbeitslosen im Vergleich zum Vortag: 16. - 31. März 2020



Quelle: AMS Österreich Sonderauswertung

Von einen Tag auf den anderen hat die Regierung den Unternehmen das bestehende Sicherheitsnetz weggezogen, indem sie die Entschädigungsregeln des Epidemiegesetzes außer Kraft gesetzt hat. Und: Das von der Sozialdemokratie in der Krise ab 2008 entwickelte Sozialpartnermodell der Kurzarbeit ist großartig, aber die Regierung hat die Unternehmen (vor allem die kleinen!) wochenlang im Stich gelassen, weil sie keine Zwischenfinanzierung für die im Nachhinein auszuzahlende Kurzarbeitsunterstützung zustande gebracht hat.

Weil es bis zu 90 Tage dauert, bis Mittel aus Kurzarbeitsfonds bei den Unternehmen ankommen, haben sehr viele ihre Belegschaft gekündigt, weil sie ohne Umsatz kein Geld für die laufenden Löhne haben. Erst nach Wochen hat die Regierung das gemacht, was die SPÖ von Anfang an gefordert hat, und hat für Zwischenfinanzierungen gesorgt. Da waren aber schon zigtausende ArbeitnehmerInnen gekündigt, für die Kurzarbeit in Frage gekommen wäre.